

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 276 (2003)
Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik

(vom 15. Mai 2001 bis 15. Mai 2002)

Im Rückblick auf die Berichtsperiode treten auf der internationalen Bühne des Geschehens drei überragende Ereignisse vor das Auge. Man ist versucht zu sagen, dass diesen besonderen Geschehnissen eine im Zeithorizont weit reichende Bedeutung und historisch nachhaltige Wirkung zuzumessen sei. Inwiefern dieser nahe liegende Eindruck der meisten Zeitgenossen sich dereinst in der Rückschau auf einen längeren Zeitabschnitt bestätigen wird, muss von uns Heutigen vorerst noch offen gelassen werden. Viele zunächst als beispiellos spektakulär und bedeutsam betrachtete Ereignisse mussten in späterer Beurteilung der wirklichen Konsequenzen für die Nachwelt schon stark relativiert werden, während etwa zunächst kaum oder nicht beachtete Vorkommnisse und Handlungen in späterer Sicht auch schon zu sehr wichtigen Wirkfaktoren avanciert sind.

Das Datum des

11. September 2001

wird wie wenige andere Daten noch sehr lange im Gedächtnis haften bleiben. An diesem Tag ist von Menschenhand eine Katastrophe ausgelöst worden, wie sie die Welt in ihrer Art

und Auswirkung noch nie gesehen hat! Was an diesem Tag von einer weit verzweigten Bande von Verschwörern nach jahrelanger minuziöser Planung in die Tat umgesetzt worden ist, hätte man sich vorher nur als fantasievolles

Horrorszenario eines Gruselfilms vorstellen können. Von arabischen Terroristen sind in den USA vier Linienflugzeuge gekapert und samt allen Passagieren (nach dem Vorbild von Kamikaze-Flügen japanischer Selbstmordpiloten im Zweiten Weltkrieg) als schreckliche Mittel des Terrors verwendet worden. Zwei dieser Flugzeuge sind in die beiden Wolkenkratzer des «World Trade Center», eines in Washington in den Bau des Verteidigungsministeriums (Pentagon) gelenkt worden; das vierte entführte Flugzeug, welches vermutlich das

Kapitol oder das Weisse Haus hätte torpedieren sollen, ist von den alarmierten Passagieren gerade noch vor Erreichen des Terrorobjektes in Pennsylvania zum Absturz gebracht worden. Um 3000 Menschen sind als Folge dieses tollkühn konzertierten Verbrechens beim Aufprall der Flugzeuge, beim dadurch ausgelösten Brand oder in den Trümmern der nachher einstürzenden Gebäude ums Leben gekommen.

Die Täter konnte die amerikanische Bundespolizei rasch eruieren: Es handelte sich um 19 Araber, die die vier Flugzeuge in ihre Ge-



Kaspar Villiger
Bundespräsident für das Jahr 2002
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

walt gebracht hatten. Einige von ihnen hatten in Amerika Flugunterricht genommen. Die Spuren führten zu einem in Afghanistan residierenden Saudiaraber namens *Osama bin Laden*, der dort eine private Armee (Al-Qaïda) aufgebaut und ausgebildet hatte und die in Afghanistan an die Macht gekommenen radikal islamistischen Taliban unterstützte. Das Netzwerk dieser fanatisierten Terroristen ist weit verbreitet – man könnte sagen globalisiert – und hält seine Agenten und Verbindungsleute auch in europäischen Ländern. Ihr Motiv besteht in der Instrumentalisierung des Islam zum Kampf gegen die westliche bzw. abendländische Zivilisation und insbesondere zur Konterung bzw. Ausschaltung des Machtanspruchs der USA. Es ist u.a. nachgewiesen, dass auch die Bombenattentate auf die amerikanischen Botschaften in Nairobi und Dares-salam auf das Konto dieser Fanatiker gehen.

Die Schockwirkung der Attacke vom 11. September in den USA war überwältigend. Sie kann nur verglichen werden mit der dramatischen Wirkung des japanischen Angriffs auf Pearl Harbor (1941). Aber wie damals führte die Herausforderung eines Feindes von

aussen nicht zu Ratlosigkeit und Lähmung, sondern zu einer spontanen nationalen Solidarisierung. Ausserdem war eine internationale Sympathiewelle die Folge. Präsident *George W. Bush* erklärte dem Terrorismus resolut den Krieg und liess den starken Worten unverweilt auch Taten folgen. Die Gunst der Stunde nutzend führte er alsbald einen engeren Schulterschluss mit den Ländern der NATO herbei. Schon am 7. Oktober begannen militärische Operationen der USA gegen die Taliban und Al-Qaida in Afghanistan. Dank dem strategischen Zusammenwirken mit der afghanischen Nordallianz kam es überraschend schnell zum Kollaps des Taliban-Regimes. Der Wermutstropfen in dieser Erfolgsstory ist, dass die Suche nach Osama bin Laden erfolglos blieb und sein weiteres Schicksal nach wie vor ungewiss ist. Unklar ist auch die Fortsetzung der militärischen Operationen im «Krieg gegen den Terrorismus». Bush hat diese etwas vorschnell gegen das Regime von Saddam Hussein in Irak angekündigt. Er kann für einen Angriff auf Irak nicht auf die Mitwirkung jener Staaten zählen, die seinerzeit beim «Wüstensturm» (unter Bush senior) mit von der Partie gewesen sind, insbesondere nicht auf Frankreich und Russland. Aber auch das als Basis bedeutungsvolle Saudi-Arabien erweist sich diesbezüglich als ganz unwilliger Kumpan.

Seit dem Vorjahr, als die Vermittlungsbemühungen von Präsident Clinton im

Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern

gescheitert sind, ist dieses Geschwür eines schon Jahrzehnte dauernden Konfliktes wie-



New York, 11. September: Die beiden Türme des World Trade Center
fallen in sich zusammen.
(Foto: Keystone)

der aufgebrochen. Aus den anfänglich mehr nur symbolischen Steinwürfen jugendlicher Palästinenser gegen Repräsentanten der israelischen Staatsgewalt ist inzwischen ein ausgewachsener Bürgerkrieg geworden, der im Verlauf des Berichtsjahres immer verheerendere Formen angenommen hat. Ariel Sharon gelangte im Februar 2001 mit starkem Rückhalt der Bevölkerung als Ministerpräsident an die Stelle des in der Konfrontation mit den Palästinensern zaudernden Vorgängers *Ehud Barak* an die Macht. Er war nach dem Ausbruch von blutigen Attentaten zu keinen Konzessionen gegenüber irgendwelchen palästinensischen Forderungen mehr bereit und lehnte rundweg neue Verhandlungen mit Palästinenserführer Arafat ab, solange dieser nicht dafür sorge, dass die Attentate und Sabotageakte eingestellt würden. Es war aber offensichtlich, dass Arafat mit den ihm zur Verfügung stehenden Polizeimittel gar nicht in der Lage war, Sharons Vorbedingung zu erfüllen. Die israelischen Strafexpeditionen gegen die palästinensische Autonomiebehörde nahmen zuerst die Form von gezielten Luftangriffen auf Polizeieinrichtungen und Amtsgebäude von Arafats Autonomiebehörde an. Paradoxerweise wurden dadurch die allenfalls noch vorhandenen Mittel, mit denen die palästinensische Seite einen Waffenstillstand zu garantieren vermöchte, vollends zerstört. Nach dem 11. September und der nachfolgenden Kriegserklärung von Präsident Bush gegen den internationalen Terrorismus nahm Sharon die Gelegenheit wahr, die Gewaltakte der Aksa-Intifada als Handlungen im Zusammenhang mit der islamistischen Verschwörung zu bezeichnen.



Palästinenser auf der Flucht vor israelischen Angriffen
(Foto: Keystone)

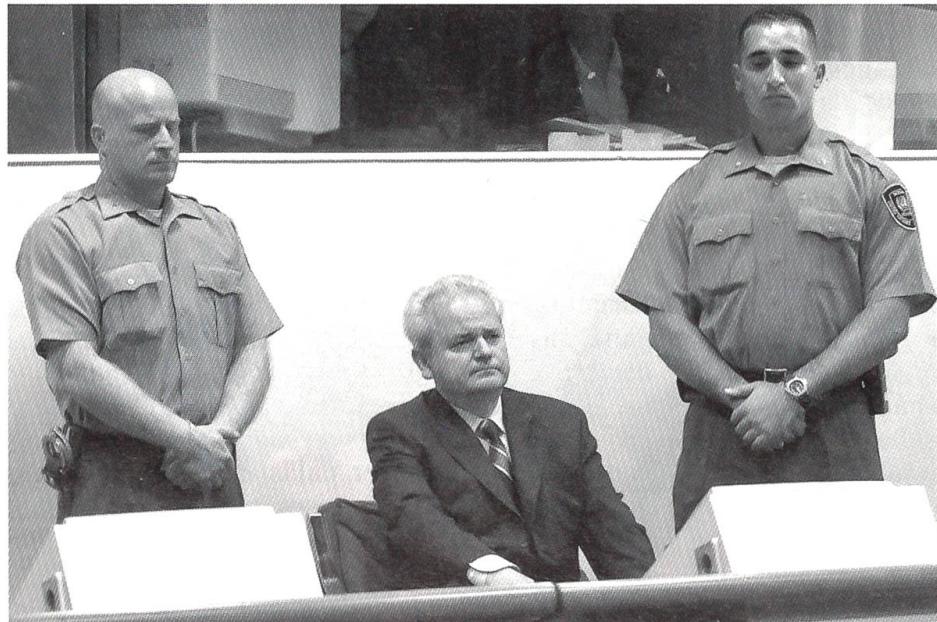
Auf die Terroranschläge der palästinensischen Selbstmordattentäter, die in zunehmendem Mass im Territorium des Staates Israel selber die jüdische Bevölkerung verunsicherten, antwortete die israelische Armee mit Panzervorstößen in das autonome Gebiet der Palästinenser, mit der Abriegelung von wichtigen Verkehrsknotenpunkten und Straßen sowie der faktischen Isolierung ganzer Städte. Schliesslich wurde das Hauptquartier von Arafat in Ramallah umzingelt und dieser seiner Bewegungsfreiheit beraubt. Es scheint nur einer Intervention der amerikanischen Regierung zu verdanken zu sein, dass Sharon davor zurückschreckte, seinen Intimfeind Arafat ganz auszuschalten. Es gibt Anzeichen dafür, die USA seien zur Überzeugung gelangt, dass im Hinblick auf einen ins Auge gefassten neuерlichen Vermittlungsversuch Arafat als gewählter Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde und charismatische Figur in der mitbetroffenen arabischen Welt keinesfalls fallen gelassen werden dürfe. Was Sharon betrifft, so scheint er eher ersetzbar zu sein; aber während für Arafat kein glaubwürdiger, legitimierter Nachfolger auszumachen ist, käme wohl an Stelle von Sharon ein Mann als Mi-

nisterpräsident ans Ruder, der noch weniger zu jenem Kompromiss bereit ist, der für ein dauerhaftes erträgliches Zusammenleben von Israeli und Palästinensern unabdingbar ist. Nach den bitteren Erfahrungen mit den Abkommen von Oslo und den Vermittlungsversuchen unter amerikanischer Ägide ist allerdings das Zustandekommen eines auf einen Waffenstillstand folgenden Friedensschlusses mit oder ohne die Sicherung durch ein internationales, neutrales Truppenkontingent nicht in Sichtweite gerückt.

Euro

Ein Ereignis ganz anderer Art hat, vor allem in Europa, am Jahreswechsel die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit gefangen genommen. Im nationalen Rahmen hat es zwar von Zeit zu Zeit immer wieder Währungsreformen gegeben, welche mit dem offiziellen Austausch von Münzsequenzen oder der Einführung neuartiger Banknoten einhergingen. Was aber in zwölf Ländern der Europäischen

Union zu Jahresbeginn 2002 geschehen ist, das ist in seiner Art und Bedeutsamkeit eine einmalige Transaktion im monetären Bereich: Auf einen Schlag sind sämtliche Währungen in den betreffenden europäischen Ländern gegen eine *neue Einheitswährung, Euro genannt*, ausgewechselt worden! Grossbritannien, Dänemark und Schweden haben innerhalb der EU an ihren bisherigen nationalen Währungen festgehalten, während mit der Einführung des Euro die als stabil hochgepriesene DM, der jahrhundertealte Franc, die Lira, der holländische Gulden, die spanische Peseta, der portugiesische Escudo, der österreichische Schilling und die griechische Drachme verschwunden sind. Dem Publikum ist für den Umtausch nur wenig Zeit zugebilligt worden. Bei der Einführung des Euro und beim Einzug der vormals nationalen Münzen und Banknoten handelte es sich um eine gigantische, jahrelang minuziös vorbereitete Operation unter der Ägide der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt. Bis zum 31. Dezember wurden nicht weniger als 132 Milliarden neue Banknoten und 37,5 Milliarden Münzen bereitgestellt und verteilt, wobei schon vorgängig das Publikum über das neue Geld in Bild und Worte ausgiebig orientiert werden musste. Wegen des riesigen Transportvolumens von neuem Geld und gleichzeitig rückfliessenden alten Münzen und Banknoten, die zur Vernichtung bestimmt waren, stellten sich noch nie da gewesene Sicherheitsprobleme. Insgesamt darf gesagt werden, dass die Ausgabe des Euro und die Rücknahme des alten Geldes fast überall reibungslos über die Bühne gegangen ist.



Der ehemalige jugoslawische Präsident Milosevic vor dem internationalen Tribunal in Den Haag
(Foto: Keystone)

Die Hauptvorteile wirtschaftlicher Art der Einheitswährung sind offensichtlich: Die Preise über die Grenzen hinweg werden vergleichbar, der Wettbewerb wird verstärkt und die Geldwechselverluste beim Umtausch nationaler Währungen im Geschäfts- und Reiseverkehr fallen weg. Ein nicht zu unterschätzender Vorteil besteht darin, dass den nationalen Regierungen und Zentralbanken die Möglichkeit verwehrt sein wird, mit einer gezielt lockeren Geldpolitik durch beliebige Inanspruchnahme der Notenpresse die Inflation voranzutreiben und damit enorme Staatsdefizite zu «finanzieren». Dennoch ist aber die Preisstabilität im Euro-Raum nicht unter allen Umständen gewährleistet, weil diese in der Praxis davon abhängt, dass alle Mitglieder der Währungsunion sich strikte und dauernd an die in einem Pakt verabredete fiskalische Disziplin halten. Danach müssen die Staatsbudgets grundsätzlich im Gleichgewicht gehalten werden, d.h. Fehlbeträge dürfen 3% des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten.

Das Vertrauen in den externen Wert des Euro ist insofern bereits etwas lädiert worden, als auf den Devisenmärkten die ursprünglich festgesetzte Dollarparität um mehr als 20% gesunken ist. Das hat andererseits einen günstigen Einfluss auf die Exportchancen der EU-Länder. Was den internen Wert des Euro betrifft, so hat dieser die Stabilitätserwartungen weitgehend honoriert.

Die bisherigen Erfahrungen mit dem Euro lassen Zuversicht für die Zukunft aufkommen. Vorsichtiger gab sich der Präsident der Europäischen Kommission in Brüssel, *Romano Prodi*, der krisenhafte Phasen nicht ausschließt. Eine schwierige Bewährungsprobe kommt jedenfalls auf die EU und die gemeinsame Währung zu, wenn die mit der Expansion nach Mittel- und Osteuropa verbundene Ausbreitung der Einheitswährung auf diese der Entwicklung in Westeuropa stark hinten-nach hinkenden Wirtschaften Wirklichkeit wird. Es kann keinen Zweifel geben, dass die Einführung des Euro als greifbares Symbol für den manifesten Willen gelten darf, die politische und wirtschaftliche Integration von Euro-



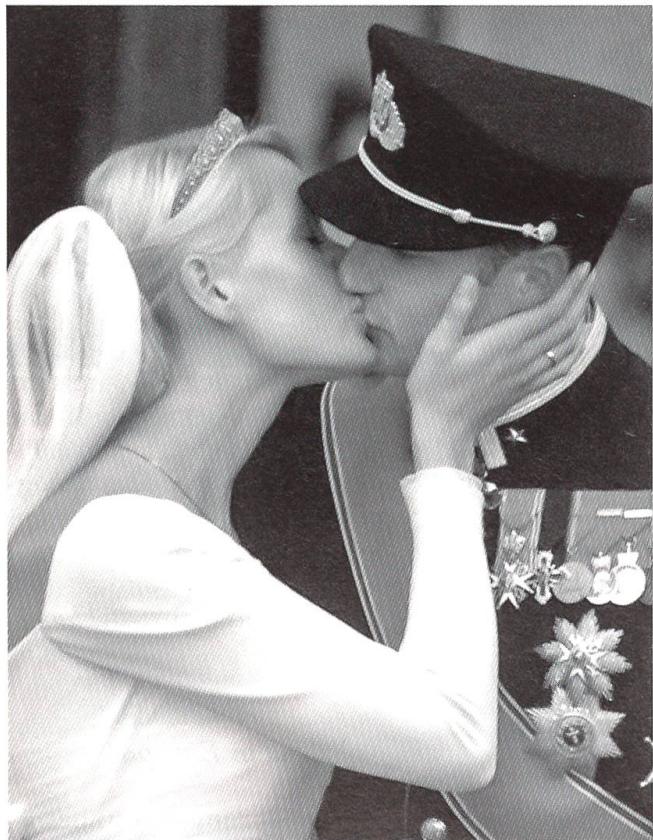
Der Euro erobert Westeuropa.
(Foto: Keystone)

pa effizient zu vollenden. Ob diese «raison d'être» des Einheitsgeldes tatsächlich auch die erwünschte psychologische Wirkung auf die mehr als 300 Mio. täglichen Benutzer der neuen Münzen und Scheine haben wird, ist möglich, aber noch keineswegs sicher. Interessanterweise ist die jeweilige Rückseite des europäischen Münzgeldes nicht etwa einheitlich, sondern für jedes Land unterschiedlich geprägt!

Integrationsprozess in Europa

Abgesehen von der Währungsvereinheitlichung befindet man sich seit dem Vertrag von Nizza, der am 26. Februar 2000 trotz tief greifenden Meinungsverschiedenheiten schliess-

lich zustande gekommen war, in der Phase der Verwirklichung jener Beschlüsse. Es geht dabei um die weitere Entwicklung der EU, also um existenzielle Fragen, die unaufschiebbar geworden sind! Die vertraglichen Grundlagen, auf denen die Europäische Union ruht, müssen angesichts der Zunahme der Zahl der Mitgliederländer zur Gewährleistung eines zufrieden stellenden Ausgleichs der Interessen verändert werden. Zu den problematischen Punkten gehört das in einer grossen Zahl von Artikeln des bestehenden Vertrages vorgeschriften Prinzip der Einstimmigkeit bei Abstimmungen, das praktisch jedem einzelnen Mitglied ein Vetorecht gibt. Zur Erleichterung der Beschlussfassung soll nunmehr zu qualifizierten Mehrheiten übergegangen werden. Gleichzeitig sollen das Stimmengewicht und die Zahl der jedem Land zukommenden Sitze im Europäi-



Hochzeitsbild des norwegischen Thronfolgers
Prinz Haakon mit Mette-Marit.
(Foto: Keystone)

schen Rat so bemessen werden, dass die Bevölkerungszahl eines jeden Landes berücksichtigt wird. Die Zahl der Mitglieder der Europäischen Kommission soll reduziert und die Anzahl der Sitze im Europäischen Parlament auf Grund eines nationalen Proporz auf maximal 732 beschränkt werden.

In Nizza ist eine *Charta der Grundrechte* feierlich proklamiert worden, wie sie in eine künftige EU-Verfassung eingeschrieben werden sollen. Ein zu diesem Zweck berufener besonderer Konvent der EU unter dem Vorsitz des ehemaligen französischen Präsidenten *Giscard d'Estaing* bereitet einen Entwurf vor. Die Reformen sollen 2004 spruchreif sein und auf 2005 in Kraft treten können. Der gleiche Zeithorizont gilt auch für die in Aussicht genommene Osterweiterung der EU. Am Treffen des Europäischen Rats am 15. Juni 2001 in Göteborg ist von den Staats- und Regierungschefs der 15 Mitgliedstaaten erklärt worden, die Expansionsschritte der EU in Richtung Osteuropa seien «irreversibel». Es wird geplant, bis Ende 2002 mit den ersten Beitrittskandidaten, welche die Vorbedingungen erfüllt haben, die Verhandlungen abzuschliessen.

Intern hat die EU die seit Februar 2000 wegen der Regierungsbeteiligung der umstrittenen, als rechtsextrem etikettierten FPÖ gegen Österreich ergriffenen Sanktionen am 14. September wieder aufgehoben, nachdem von einem Sonderausschuss festgestellt worden war, dass durch Österreich die «gemeinsamen europäischen Werte nicht verletzt» würden. Es sind indes zumeist Probleme im Bereich der Wirtschaftspolitik, welche die EU vor delikate Entscheidungen stellen. So musste die EU sich seit 1986 laufend mit dem Schutz vor Ausbreitung der *Tierkrankheit BSE* (Bovine Spongiforme Enzephalopathie) befasst und den grenzüberschreitenden Handel und Transport von Tieren und Fleisch aus Seuchengebieten einschränken. Auch gegen die im Februar 2001 in Grossbritannien ausgebrochene Maul- und Klauenseuche, die auf Frankreich, die Niederlande und Irland übergriff, hat die EU rigorose Massnahmen ergrif-

fen, u.a. die Anordnung der Notschlachtung und Verbrennung von Hunderttausenden erkrankter und gefährdeter Tiere. Die Verluste der Landwirtschaft in den vier betroffenen Ländern waren umso grösser, als auch seitens von Drittstaaten Importverbote erlassen worden sind.

Stark in Mitleidenschaft gezogen worden ist die EU auch durch unter Präsident Bush plötzlich verordnete *Schutzzölle gegen Stahlimporte*, um die weniger konkurrenzfähig gewordene amerikanische Stahlindustrie zu schützen. Diese dem Bekenntnis zum Freihandel ins Gesicht schlagende Massnahme löste in Europa (und übrigens auch in Japan und China) Empörung aus; sie führte zu einer Klage gegen die USA bei der Welthandelsorganisation (WTO) und droht einen ausgewachsenen Handelskrieg auszulösen.

Die allgemeine Konjunkturlage

ist bei weitem nicht mehr so gut wie in den vorhergehenden Jahren. Die vormaligen «Konjunkturlokomotiven» USA und Deutschland – von Japan gar nicht zu sprechen – fahren nur noch mit halber Kraft. Die Lähmung ist noch akzentuiert worden durch die psychologischen Folgen des Terrorangriffs vom 11. September auf die USA. Insbesondere die grossen Fluglinien und mithin die Tourismusbranche verzeichneten geradezu verheerende Umsatz- und Gewinneinbrüche. Viele vorher von Euphorie beflügelte Börsenkurse, so vor allem im Bereich der Kommunikationstechnik, sind dramatisch zusammengebrochen und



«Queen Mum» von England, kurz nach ihrem 101. Geburtstag verstorben
(Foto: Keystone)

haben viele unvorsichtige Anleger mit manchem illusionär überbewerteten Unternehmen zu Boden gerissen. Aber auch andere lange als fundiert geltende Konzerne haben ernüchternde Ergebnisse präsentiert oder sind sogar dem Pleitegeier zum Opfer gefallen. In Amerika hat vor allem der Kollaps des gigantischen Unternehmens *Enron* einen Skandal ausgelöst, nachdem langjährige betrügerische Machenschaften in der Chefetage in Verbindung mit der pflichtvergessenen Revisionsfirma *Anderson* offen gelegt worden sind.

Eine Ausnahme auf dem unerfreulichen Gesamtbild macht der Ölsektor, wo die lange darnieder liegenden Preise dank der von der *OPEC* bewirkten Drosselung der Produktion nun wieder auf ein Niveau von durchschnittlich 25 Dollar pro Fass angestiegen sind. Namentlich für Russland als wichtigen Lieferanten bedeuten diese höheren Einnahmen aus Exporten einen Zufluss an dringend benötigten Devisen. Beruhigend ist, dass das Erdölkartell *OPEC* nicht gesonnen ist, das Spiel von Angebot und Nachfrage in Richtung auf exorbitante Preise zu manipulieren. *Saudi-Arabien* hat offiziell erklärt, dass die «Ölwaf-

fe» in internationalen Konflikten nie zum Einsatz gebracht würde. Die zunehmende Abhängigkeit der Vereinigten Staaten von Ölimporten bei gleichzeitig steigendem Energiebedarf führt dazu, dass die «Weltmacht Nummer eins» in dieser Beziehung längst eine Achillesferse besitzt! Das ist der Grund, warum die amerikanische Regierung mit allen Mitteln versucht, einerseits neue Quellen zu erschließen (Alaska!) und andererseits dem heute leichtsinnig verschwenderischen Energieverbrauch entgegenzutreten.

Von «Mitte links» zu «Mitte rechts»

Das politische Klima scheint sich in *Westeuropa* innert kurzer Zeit grundlegend verändert zu haben. Waren noch vor zwei Jahren fast überall die Sozialdemokraten an der Regierungsmacht, so zeigt sich inzwischen deutlich ein parteipolitischer Pendelausschlag in die entgegengesetzte Richtung. Spanien hat mit dem Wechsel zu einer konservativen Regierung (Aznar) den Anfang gemacht, mittlerweile gefolgt von *Österreich*, *Norwegen*, *Schweden*, *Italien*, *Portugal* und neuerdings auch den *Niederlanden*. Symptomatisch für diesen Stimmungsumschwung ist, dass nicht nur «Mitte links» gewissermassen «Mitte rechts» Platz gemacht hat, sondern dass auch populistische Fraktionen auf der Rechten zu einem Gegengewicht gegen die extrem Linken geworden sind. Figuren wie *Haider* in *Österreich*, *Le Pen* in *Frankreich* und *Fortuyn* in *Holland* sind fast über Nacht zu ernst zu nehmenden Faktoren im Parteienspektrum aufgerückt. Nirgends scheint es ihnen aber zu gelingen, die Grenze von 20% der Wählerstimmen zu überschreiten. Der Rechtsrutsch in Europa dürfte vor allem der Ausdruck einer verbreiteten Unzufriedenheit mit der ausser Rand und Band geratenen Einwanderungswelle, der wachsenden Kriminalität und den hohen Sozialausgaben mit entsprechender Steuerbelastung zu sein. In einigen Ländern ist zweifellos auch die den Sozialisten (zu Unrecht allein) angekreidete Arbeitslosigkeit und Wirtschafts-

flaute die Ursache des veränderten Wählerverhaltens.

In *Grossbritannien* haben die Parlamentswahlen vom 7. Juni die unter *Tony Blair* von ihren ideologischen Wurzeln abgerückte Labour-Partei mit 42% der Stimmen (gegen 33% der Konservativen) deutlich bestätigt. Aber in *Deutschland* verlieren die Sozialdemokraten unter *Gerhard Schröder* neuerdings den Wind aus den Segeln, während gleichzeitig die liberale FDP in mehreren Bundesländern erstaunliche Wähler- und Sitzgewinne verzeichnet. Mit Spannung erwartet man das Ergebnis der nächsten Wahlen für den Bundestag und das Abschneiden der gebeutelten CDU/CSU.

Eher atypisch waren die Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2002 in *Frankreich*. Eine Aufsplitterung der Linken in unzählige Kandidaturen führte dazu, dass der sozialdemokratische Kandidat, Ministerpräsident *Jospin*, gegen den zur Wiederwahl antretenden gaullistischen Präsidenten *Chirac* durch den listigen Aussenseiter *Le Pen* aus dem Rennen geworfen wurde. Dank dem Zugewinn der Proteststimmen der Linken vermochte hierauf Chirac in der Stichwahl mit einem Rekordresultat von 82% der Stimmen mühelos seine zweite Amtsperiode zu sichern!

Der Blick auf *Russland* zeigt, dass unter *Wladimir Putin* die Normalisierung der Verhältnisse langsam, aber stetig voranschreitet. Die Inflation steht jetzt bei rund 16% (Konsumentenpreise), während die Industrieproduktion immerhin mit 4,3% gewachsen ist. Geredet sprunghaft gestiegen sind die Zahlen der Handelsbilanz, bis März 2002 nämlich um 45% (Erdöl!) sowie die Reserven an harten Devisen (33,2 Mrd. Dollar). Der Antagonismus gegenüber der *NATO* ist deutlich am Abflauen, zusammen mit dem kategorischen Widerstand gegenüber einem eventuellen Einbezug der baltischen Länder ins westliche Bündnissystem. Die Konfrontation hatte sich zum letzten Mal noch in einem eigenmächtigen russischen Eingreifen in Kosovo manifestiert. Dass Russland sogar eines nicht allzu entfernten Tages in irgendeiner Form an die *NATO* angegliedert werden könnte, ist inzwischen

schen nicht mehr ganz auszuschliessen. Sogar in der benachbarten *Ukraine* sind Bestrebungen ruchbar geworden, sich der NATO zu öffnen. Dieser auffallende Szenenwechsel ist verstärkt worden durch die «Kriegserklärung an den Terrorismus» durch Präsident Bush: Putin hat nämlich sofort vorbehaltlose Unterstützung signalisiert, weil auch Russland von terroristischen Akten heimgesucht und bedroht wird! Putin hat von jeher das, was in und um *Tschetschenien* als «Unabhängigkeitskampf» betrachtet worden ist, als reinen Terrorismus bezeichnet, der von aussen inspiriert und von islamistischen Söldnern unterstützt werde. Vollends ist ein neues Kapitel in den Beziehungen zu Russland aufgeschlagen worden, indem die amerikanische Kündigung des ABM-Vertrags in Moskau kaum mehr als einen «Protest pro forma» ausgelöst hat und ein verbindlicher Konsens zwischen Russland und Amerika über einen drastischen Abbau der beidseitigen Atomwaffenarsenale zustande gekommen ist. Die Annäherung ist bereits so weit gediehen, dass in ehemaligen Sowjetrepubliken Zentralasiens und in Georgien mit der Billigung des Kremls amerikanische Militärbasen im Zeichen einer gemeinsamen Bekämpfung des internationalen Terrorismus errichtet werden. Allerdings ist hinsichtlich des *Irak* noch keine Annäherung zwischen Washington und Moskau zustande gekommen. Russland betätigt sich vorderhand noch weiterhin mit Waffenlieferungen an *Iran*, beides Länder, welche Bush als so genannte Schurkenstaaten in der «Achse des Bösen» ins Visier genommen hat.



Beitritt der Schweiz zur UNO, bildlich dargestellt
(Foto: Keystone)

Schweiz

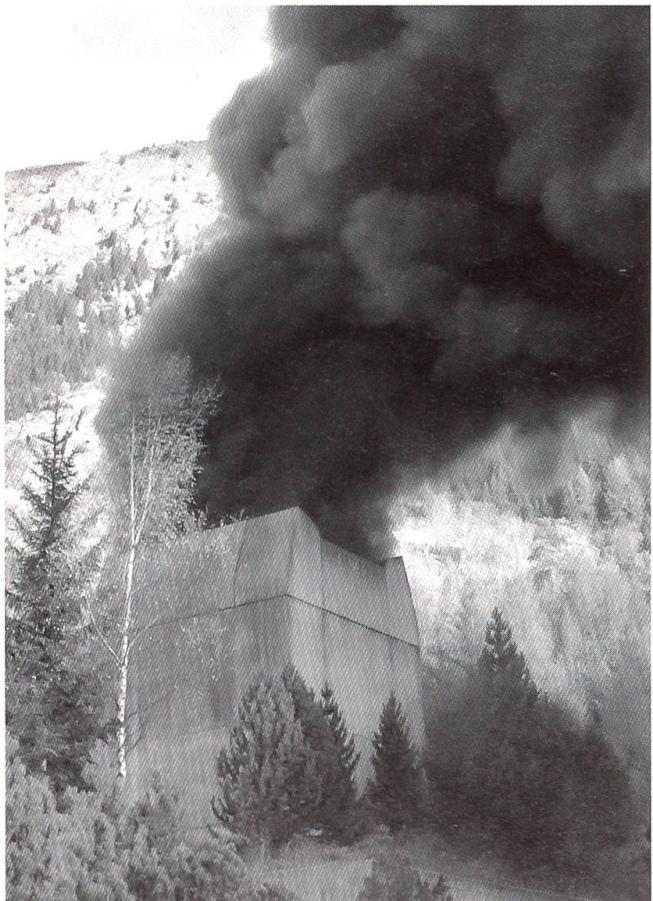
Ein so stark in internationale Wirtschaftsabläufe eingebundenes Land wie die Schweiz wird vom konjunkturellen Schicksal ihres Umfeldes mit betroffen. So ist das Wirtschaftswachstum mit 0,4% äusserst bescheiden ausgefallen, die Industrieproduktion war rückläufig, und die Arbeitslosigkeit hat zeitweilig wieder etwas zugenommen (2,6% im März, im Jahresvergleich 1,8%). Die Teuerung blieb mit knapp über 1% in engen Grenzen. Die Exportwirtschaft wurde mehr vom vergleichsweise gegenüber Dollar und Euro überhöhten Frankenkurs als von der Konjunkturflaute beeinträchtigt. Dennoch, wenn man die schweizerischen Wirtschaftsdaten mit denjenigen der OECD-Länder vergleicht, besteht weniger Anlass zu Unzufriedenheit. Nach dem absoluten Tief im September und Oktober sind seither Anzeichen eines Wiederaufschwungs auszumachen, und in allen relevanten Rubriken der Statistik schneidet die Schweiz über das Jahr hinweg relativ besser ab als die anderen Länder.

Die Bundesschulden haben sich im Zeitraum von 1980 bis 1999 auf einen Plafond von 100 Mrd. verdreifacht, und die Staatsrechnung 2000 ist gegenüber dem zu guter Hoffnung berechtigenden Vorjahr wieder tief in die roten Zahlen abgerutscht. Die Finanzrechnung schloss statt mit einem budgetierten Überschuss von bescheidenen 18 Mio. mit einem Defizit von sage und schreibe 1,3 Mrd. ab. Bundespräsident und Finanzminister *Villiger* musste die Hiobsbotschaft der Verfehlung seines Stabilisierungsziels dartun und begründen: «Die Verschlechterung ist auf zusätzliche, nicht voraussehbare Ausgaben zurückzuführen», die im Vergleich zum Vorjahr um 6,5% (statt wie budgetiert um 3,1%) angestiegen sind. Einerseits hat der Bund im Zusammen-

hang mit dem Swissair-Debakel 1,1 Mrd. aufgewendet, andererseits haben die Gesamteinnahmen wegen starken Rückgangs des Ertrags der Verrechnungssteuer und Mindereinnahmen bei den Stempelsteuern und der Mineralölsteuer um 2,4 Mrd. abgenommen, was dem konjunkturellen Einbruch und der Baisse am Finanzmarkt zuzuschreiben ist.

Im Blick auf die Zukunft spricht Bundesrat *Villiger* von einer «dramatischen Verschlechterung der Bundesfinanzen» und von «der Notwendigkeit einer strikten Zurückhaltung bei jeglichen Mehrbelastungen». Die Schuldenlast des Bundes beträgt jetzt 106,8 Mrd., was nahezu 27% des Bruttoinlandprodukts entspricht. Von der so genannten Schuldenbremse, wie sie vom Souverän beschlossen worden ist, kann kein Abbau des Schuldenbergs erwartet werden, sondern lediglich die Verhinderung eines weiteren Anwachsens desselben. *Villigers* Warnung wirkt umso eindrücklicher, wenn man sich vergegenwärtigt, dass auch die Schuldenlast der Kantone sich seit 1980 fast verdreifacht hat (63 Mrd.) und die Gemeinden ihrerseits sich im gleichen Zeitraum von 23 Mrd. auf nunmehr 39 Mrd. verschuldet haben!

Auch in diesem Jahr waren einige bedeutsame Volksentscheide zu treffen. Am 10. Juni ging es um die Frage, ob im Ausland zum Einsatz gelangende «Friedenstruppen» zur Selbstverteidigung mit Waffen auszurüsten seien, was mit 51% Ja-Stimmen knapp bejaht wurde. Auch die Zusammenarbeit in der militärischen Ausbildung mit dem Ausland fand knappe Zustimmung. Überzeugender war das Resultat der Vorlage über die Abschaffung des Bistumsartikels in der Bundesverfassung, die mit 64,2% Mehrheit angenommen wurde. Die Stimmabteiligung betrug 41,1%. Der ungeborene Wehrwille dokumentierte sich am 2. Dezember, als mit 78,1% Nein-Stimmen die Initiative zur Abschaffung der Armee und mit 76,8 % Nein-Stimmen diejenige zur Einführung eines zivilen Friedensdienstes abgelehnt wurden! Auch die gleichzeitig zum Volksentscheid anstehenden Initiativen zur Besteuerung der Energie zugunsten der AHV und zur



Brand im Gotthard-Tunnel,
der 11 Menschenleben forderte
Foto: Keystone

Einführung einer Kapitalgewinnsteuer wurden wuchtig mit 77,1% bzw. 65,9 % Nein-Stimmen abgelehnt. Hingegen fand im gleichen Urnengang die bereits erwähnte Vorlage für eine «Schuldenbremse» bei vom Parlament zu bewilligenden Ausgaben mit 84,7% der Stimmen überwältigenden Anklang.

Die wohl wichtigste Volksabstimmung war dem *Beitritt der Schweiz zur UNO* gewidmet. Nachdem 1986 ein erster Vorstoss dieser Art in einer Volksabstimmung kläglich gescheitert ist, war es keineswegs sicher, ob diesmal Volk und Stände zustimmen würden. Der Abstimmungskampf nahm ein für schweizerische Verhältnisse ungewöhnlich vehementes Ausmass mit enormem finanziellem Aufwand an. Ein Hauptpunkt in der Argumentation der sich um die SVP gruppierenden isolationistisch Gesinnten war die Behauptung, durch den Beitritt zur UNO werde die immerwährende Neutralität der Schweiz gegenstandslos. Die Befürworter, unter ihnen die sich voll und ganz in den Abstimmungskampf einschaltenden Bundesräte, verwiesen diese Behauptung ins Reich der Legenden, d.h. die Schweiz bleibe auch als Mitglied der UNO neutral. Der Urnengang vom 2./3. Dezember ergab eine Mehrheit von 54,6% an Ja-Stimmen; es stimmten 1 489 062 Stimmberchtigte mit Ja und 1 237 719 mit Nein. Erfreulich ist, dass die befürchtete Aufsplitterung zwischen der welschen und der deutschsprachigen Schweiz unterblieb, indem auch Zürich, Bern, Luzern, Zug, Solothurn, die beiden Basel (sowie das Oberengadin und das Oberwallis) sich zu den Befürwortern schlügen. Ähnlich wie die seinerzeitige Volksabstimmung über den Beitritt zum Völkerbund ist der Entscheid lediglich mit dem Mehr eines einzigen Kantons zustande gekommen.

Nachdem 1992 eine Mitwirkung der Schweiz in der EWG vom Souverän abgelehnt worden ist und ein Beitritt zur EU höchstens als hypothetische Möglichkeit in ferner Zukunft in Betracht kommt, gilt es auf vertraglicher Basis kooperative Lösungen für Handel und Wandel über die Grenzen hinweg zu finden, die so weit als möglich die Nachteile des



Am 2. Oktober blieben die Maschinen der Swissair am Boden.
(Foto: Keystone)

politischen Alleingangs der Schweiz vermindern oder aufheben. Das erste Paket von bilateralen Verträgen hat inzwischen die Hürden der Ratifizierung durch die EU-Staaten genommen und ist im Begriff, in Kraft zu treten. Über ein zweites Paket werden gegenwärtig Verhandlungen geführt, ohne dass schon ersichtlich wäre, ob und wann entsprechende Übereinkünfte in Rechtskraft erwachsen können. Der Abschied vom traditionellen Souveränitätsbegriff fällt schwer, und der Preis der Isolation der Schweiz in Europa ist effektiv psychologisch und staatspolitisch nicht zu unterschätzen. Dem zweiten Paket droht mehr Widerstand als dem ersten.

Was die Armeereform mit dem Kürzel *Armee XXI* anbelangt, so hat sich inzwischen die Erkenntnis durchgesetzt, dass in Anbetracht der seit Anfang der Neunzigerjahre vollständig veränderten strategischen Situation in Europa die Bedrohungslage der Schweiz sich in einem ganz anderen Licht präsentiert. Sehr tief greifende Korrekturen im Konzept der militärischen Landesverteidigung sind notwendig und dringlich geworden. Einerseits soll die Armee an Schlagkraft gewinnen, was eine Abkehr von den seit jeher schwergewichtig auf die Infanterie ausgerichteten Beständen und Hinwendung zu vermehrt technisierten und spezialisierten Truppen bedingt. Eine Veränderung auf nur noch 220 000 Mann mit einer Reserve von ca. 100 000 Mann steht auf dem Reformprogramm, ferner die Heranziehung von so genannten Durchdienern, die ihre Dienstzeit an einem Stück absolvieren, die Bildung von «Reservisten ohne Ausrüstung» sowie die Veränderung der Heeresorganisation und Kommandostrukturen. Das Überleben der altbewährten schweizerischen Milizarmee, die auf der allgemeinen Dienstpflicht fußt, ist noch ungewiss. Eine nennenswerte Reduktion der Militärausgaben soll freilich nicht anfallen. Mitte März 2002 hat der Ständerat zur *Armee XXI* positiv Stellung bezogen; allerdings weigerte er sich, die Dauer der Rekrutenschule auf 24 Wochen zu verlängern. Die Beratung der Vorlage im Nationalrat steht bevor. Gemäss dem Zeitplan des Verteidigungsdepartements soll *Armee XXI* ab Jahresanfang 2004 in die Wirklichkeit umgesetzt werden.

Am 23. März hat die vor fünf Jahren vom Bundesrat eingesetzte «Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg», die sog. Bergier-Kommission, ihren 550 Seiten umfassenden Bericht über das Verhalten der Schweiz während der Zeit des Nationalsozialismus veröffentlicht. Da der Arbeit eine Gesamtschau und eine umfassende Würdigung der komplexen Lage im Krieg fehlt, hat sie insbesondere in Kreisen der Zeitzeugen scharfe Kritik und Gegendarstellungen hervorgerufen. Die Kontroverse wird fortgesetzt.

Für die breite Öffentlichkeit völlig überra-

schend erfolgte am 2. Oktober nachmittags die Einstellung sämtlicher Flüge der *Swissair* in Kloten. Der Schock dieser Ankündigung für die etwa 4000 Fluggäste, die mit gültigen Flugscheinen plötzlich gestrandet waren, ist unbeschreiblich. Die Schwierigkeiten, in denen die allseits bewunderte schweizerische Fluggesellschaft seit der Ablehnung des Beitrags zur EWG durch die Stimmbürger steckte, waren zwar bekannt, ebenso die missglückten bzw. aussichtslosen Versuche, die *Swissair* auf Grund einer Allianz mit ausländischen Fluggesellschaften in eine aussichtsreichere kommerzielle Position zu bringen. Aber niemand wollte im Ernst glauben, dass die *Swissair* geradewegs in den Konkurs steuerte. Tatsächlich aber hat die Manie des *Swissair*-Konzernchefs *Bruggisser*, unzählige defizitäre, ja marode ausländische Luftfahrgesellschaften durch Kauf bzw. Kapitalbeteiligung zu einer eigenständigen Allianz zusammenzufassen, den Weg in den Ruin schon vorgezeichnet. Als *Bruggisser* im Januar 2000 entlassen und die tollkühne Expansionspolitik schliesslich gestoppt wurde, waren die Mittel, insbesondere im Zusammenhang mit dem *Swissair*-Engagement in der belgischen *Sabena*, schon fast erschöpft. Der interimswise in die *Swissair* geholte Chef der *Crossair*, *Moritz Suter*, demissionierte schon am 7. März, so auch der Verwaltungsrat, mit Ausnahme des von Nestlé herbeigeholten Finanzchefs *Mario Corti*, einige Tage später. *Corti* wurde mit der Aufgabe betraut, die morbide *Swissair* zu retten. Als neuer Konzernleiter musste er aber feststellen, dass die *Swissair* im Jahre 2000 einen Verlust von nahezu drei Milliarden auswies und die Eigenkapitaldecke dem Nullpunkt nahe war. *Corti* veräusserte verzweifelt Teile des Konzerns, worauf der Terroranschlag vom 11. September in New York auch noch die Frequenzen und Einnahmen der *Swissair* einbrechen liess. Neues Kapital fand sich nicht, und am 1. Oktober gingen die *Swissair* und fünf ihrer Tochtergesellschaften in Nachlassstundung. In der Meinung, dass die Schweiz nicht ohne eine eigene Luftverkehrsgesellschaft bleiben dürfe, brachten die Privatwirt-

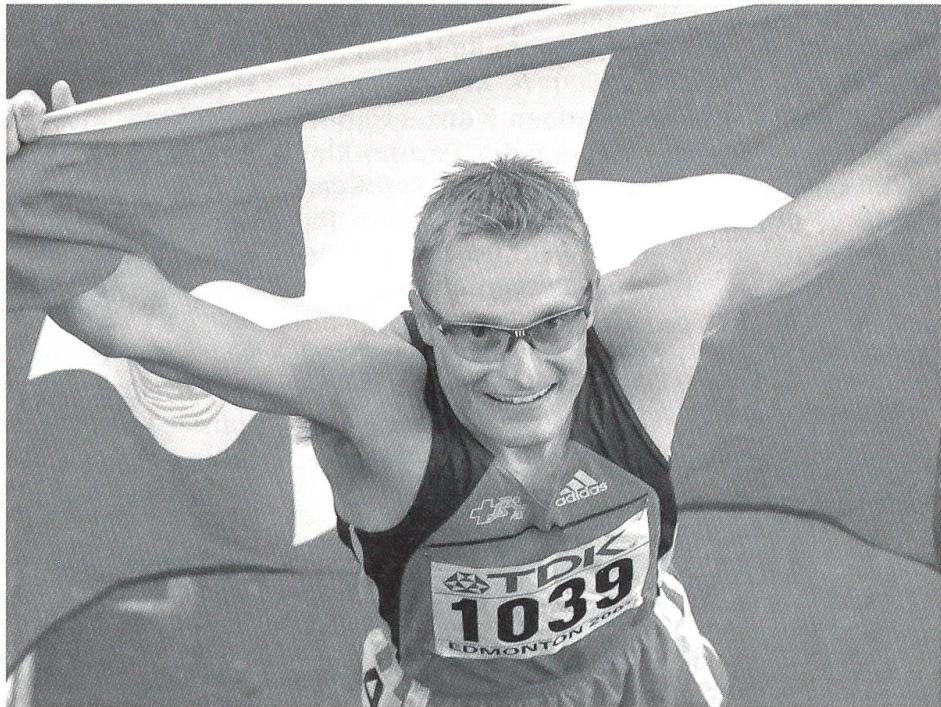
schaft und die öffentliche Hand hervor nach 4,7 Mrd. für den Aufbau einer neuen Gesellschaft auf. Diese hat inzwischen (unter dem Namen «Swiss») mit 52 Flugzeugen der Swissair und der aufgelösten Crossair ihren Betrieb auf einem reduzierten Liniennetz aufgenommen.

Wiederum müssen einige Katastrophen mit Todesopfern in den Annalen vermerkt werden. So stürzte am 24. November beim Landeanflug auf den Flughafen Kloten ein Linienflugzeug der Crossair ab, wobei 24 Insassen den Tod fanden; deren 9 überlebten das Unglück.

Am 24. Oktober kollidierten im Gotthardtunnel zwei Lastwagen, die in Brand gerieten und ein Inferno auslösten. Der Brand erfasste 15 Fahrzeuge und forderte 11 Menschenleben, grossenteils durch die intensive Rauchentwicklung. Wegen der Aufräumarbeiten und der Behebung der Schäden musste der Tunnel für längere Zeit geschlossen werden. Die Unterbrechung des Nord-Süd-Verkehrs mit Umleitung führte zu chaotischen Zuständen im Alpentransit.

Noch unfassbarer war das Attentat eines Amokläufers auf den Zuger Kantonsrat, der ins Gebäude eindrang und mit Gewehrsalven drei Regierungsräte und elf Parlamentarier erschoss und 15 weitere Personen verletzte, bevor er sich selber umbrachte. Die schreckliche Tat wurde von einem geistesgestörten, bereits vorbestraften Einzeltäter begangen, der schon jahrelang wegen eines Rechtsstreits einen pathologischen Hass auf die Behörden gestapelt hatte.

Angesichts des auch im



André Bucher, Sieger im 800-m-Lauf an der Weltmeisterschaft in Kanada
(Foto: Keystone)

Kanton Bern

aufgetürmten Schuldenberges waren hier die öffentlichen Finanzen Sorgenkind Nummer eins. Finanzdirektor Lauri (SVP) wurde glanzvoll zum Berner Ständerat gewählt und in der Regierung durch Urs Gasche (SVP) ersetzt. Gemäss Lauri ist eine Besserung der desolaten Finanzlage Berns bis zum Jahr 2005 möglich; aber gegenwärtig ist noch täglich eine Million Franken an Zinsen auf den Schulden des Kantons in der Höhe von 10 Mrd. zu bezahlen! Der Steuerfuss musste von 2,3% auf 3% erhöht werden, weil der Kanton von den Gemeinden neu Aufgaben, die 860 Mio. kosten, übernimmt und der Bund neuerdings den Kantonen einen Anteil an den grundversicherten Pflegeleistungen überbürdet. Bern ist jetzt in die Kategorie der finanzschwachen Kantone abgestiegen, was ihm allerdings einen Kompensationsbeitrag von 250 Mio. verschafft. Bern dispensierte sich unter Bezugnahme auf die schlechte eigene Finanzlage von einer finanziellen Beteiligung an der neuen Flugge-

sellschaft Swiss. In einer Volksabstimmung wurde die Einführung einer Schuldenbremse befürwortet.

Im Gesundheitswesen bilden Konzentration, Rationalisierung und Sparen die Parole, sind doch acht Spitäler geschlossen und Spitalverbände gegründet worden. Die qualitative Patientenbetreuung wird überprüft; das Pflegepersonal ist mit den Arbeitsbedingungen und der Entlohnung unzufrieden geblieben, obwohl der Grossen Rat beträchtlichen Mehraufwand für diesen Zweck beschlossen hat. Am

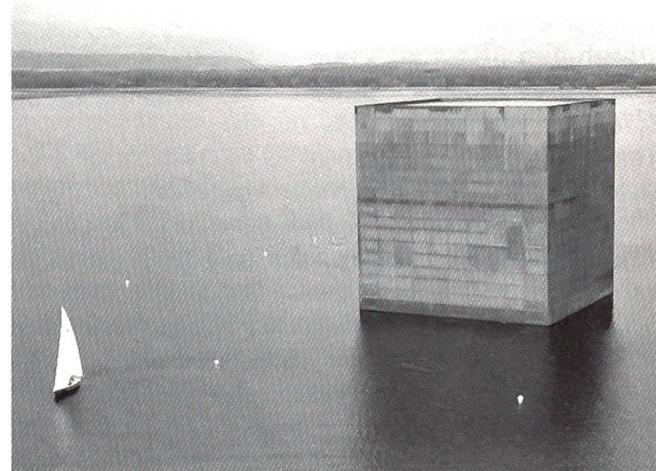


Expo 02: die Arteplage von Biel bei Nacht
(Foto: Keystone)

Inselspital in Bern kam es zu einem Eklat, der schliesslich zu einer Diskussion der politischen Mandate in staatlichen Organisationen (BKW Energie AG, der Gebäudeversicherung und der Jungfraubahnen) führte. Auch im Bildungswesen war eine Krise akut geworden, weil die Sparmassnahmen in vielfältiger Weise den Schuldienst schädigen und einen Mangel an Lehrkräften zur Folge haben.

Die Berner Wirtschaft ist durch die allgemeine Wirtschaftsflaute nur wenig in Mitleidenschaft gezogen worden. Immerhin baute die Ascom 1100 Stellen ab, und die Porzellanfabrik Langenthal war gezwungen, ihren Betrieb einzustellen. An Stelle des jetzt aufgelösten Dachverbands Berner Oberland-Tourismus (BOT) wurde zu einer auf einzelne Projekte

ausgerichtet Tourismusförderung übergegangen. Wegen des schneearmen Winters sind die Übernachtungen zurückgegangen. Im Argen liegen die Fischereierträge im Thunersee, weil es aus noch wenig abgeklärten Gründen mit der Fortpflanzung der Fische hapert. Seitens der Umweltschützer ist das Jagdgesetz bemängelt worden, das die Interessen der Jäger zu Ungunsten des Umweltschutzes begünstige. An der Grimselstrasse beim «Chapf» lösten sich seit Herbst Gesteinsmassen und rissen den Schutzwald in die Tiefe. Im Oktober musste aus Sicherheitsgründen eine Sprengung durchgeführt werden, die ca. 100 000 Kubikmeter Fels zum Abbruch brachte. Die Strasse blieb unversehrt, musste aber für den Durchgangsverkehr gesperrt werden.

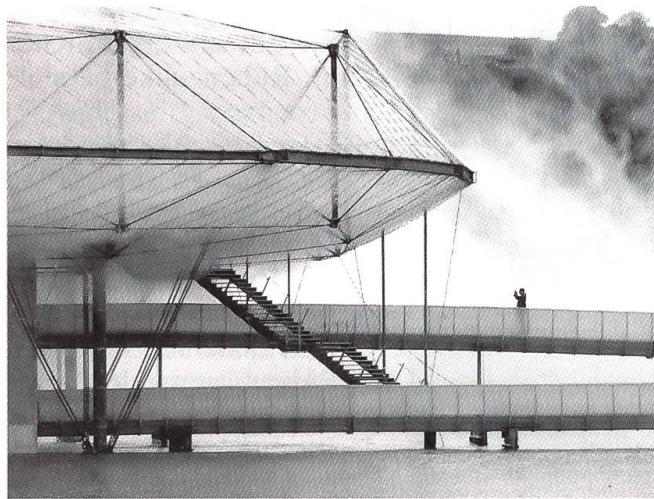


Expo 02: Jean Nouvel's Monolith im Murtensee
(Foto: Keystone)

Das Autonomiestatut für den Berner Jura sorgte für heisse Köpfe. Das betreffende Gesetz bekennt sich zur Autonomie des Teils des Jura, der sich für das Verbleiben im Kanton Bern entschieden hat. Dem Berner Jura wurden jedoch nur gerade in kulturellen und sprachlichen Angelegenheiten eigene Kompetenzen zugeteilt.

Das Ergebnis der letzten Volkszählung führt dazu, dass der Kanton Bern einen weiteren Sitz in der Grossen Kammer einbüsst, dies, weil die Stimmbürger der Schweiz im letzten

Jahrzehnt um 5,9% zugenommen haben, im Kanton Bern aber blass um 1,4%. Der Souverän beschloss eine Verminderung der Sitze im Grossen Rat von 200 auf 160, und der Grosse



Expo 02: die künstliche Wolke in Yverdon
(Foto: Keystone)

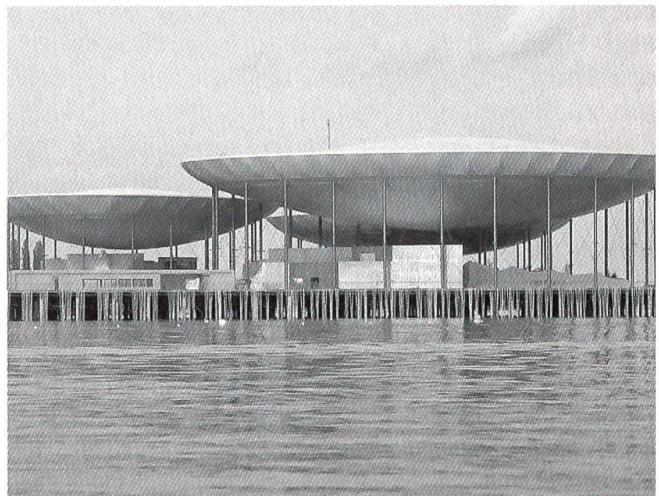
Rat hat die Anzahl der Wahlkreise von bisher 26 auf deren 8 reduziert. Die Grossratswahlen 2002 bestätigten die Parteistärken, die auch im Regierungsrat gleich blieben (drei SVP-Vertreter und je zwei von FDP und SP). Die

Stadt Bern

präsentierte erfreulicherweise eine ausgeglichene Rechnung, dies allerdings nur, weil das Rechnungsergebnis dank Liegenschaftsverkäufen an den Kanton aufgebessert worden ist. Der Grosse Rat beschloss die Aufhebung der Billettsteuer in Bern und weiteren 13 Gemeinden. Während bei der Lizenzerteilung für Spielbanken die Bewerbungen von Biel, Thun und Gstaad verweigert wurden, schätzt sich Bern glücklich, im schweizerischen «Casino-Poker» eine solche zugestanden erhalten zu haben.

Das Thema Sicherheit und öffentliche Ordnung blieb ein Dauerbrenner, diesmal vor al-

lem wegen demonstrativer Kirchenbesetzungen von Papierlosen. Ärger bereitete die Abschaffung des Wappens mit dem Berner Bär und der neue Farbanstrich an den Strassenbahnen und Bussen der städtischen Verkehrsbetriebe, die jetzt anstatt in der gewohnten, einheitlich grünen Farbe in himbeerrot Anstrich oder aber in bunter Folge als kommerzielle Reklameträger zirkulieren.



Expo 02: Arteplage in Neuenburg
(Foto: Keystone)

Das legendäre Wankdorf-Stadion ist gesprengt worden und wird nun durch ein Nationalstadion mit 30 000 Zuschauerplätzen ersetzt. Das neue Stadion soll als Zentrum nicht nur für sportliche Veranstaltungen sondern auch für kommerzielle Zwecke genutzt werden. Das Bahnhofgebäude wird umgebaut und soll der Schweizerischen Radio-Genossenschaft neben ihrem Sitz in Zürich fortan in Bern eine Plattform zur Verfügung stellen. Eine glückliche Wendung nahm die Sorge um den Botanischen Garten dank einer grossherzigen Spende von 5 Mio. Franken seitens eines Berner Mäzens, der diese Gärten ausdrücklich als eine «Oase der Schönheit und Beschaulichkeit» der Stadtbevölkerung erhalten wollte.

Hans Rudolf Böckli